

Frage 5:

Welche Maßnahmen sehen Sie als vordringlich im Bereich psychische Gesundheit und psychiatrische Versorgung an und welche Schritte würden Sie in der nächsten Legislaturperiode diesbezüglich gerne umsetzen?

Die **ÖVP**
Volkspartei Österreichische Volkspartei

Für die adäquate psychische Versorgung der Bevölkerung im Rahmen des solidarischen Gesundheitssystems benötigen wir eine ausreichende Anzahl an Fachärztinnen und Fachärzten für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin, die sowohl den Bedarf im stationären als auch im ambulanten bzw. niedergelassenen Bereich abdecken. Dazu bedarf es einer Nachjustierung hinsichtlich der Ausbildungsstellen.

Eine auf Basis ärztlicher Diagnose optimale, einander ergänzende Zusammenarbeit der in die psychische Versorgung involvierten Gesundheitsberufe – Psychiaterinnen und Psychiater, Fachärztinnen und Fachärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie Klinische und Gesundheits-Psychologinnen und Psychologen ist eine weitere Grundlage für eine flächendeckende Versorgung. Diese Zusammenarbeit und das wechselseitige Verständnis für die Möglichkeiten und Grenzen des therapeutischen Handelns sollen gestärkt werden, indem wesentliche Elemente der Ausbildung in gemeinsamen Settings vermittelt werden. So ist etwa im Psychotherapiegesetz eine sukzessive Ausweitung jener Ausbildungszeiten, die in psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen erworben werden sollen, vorgesehen.

Außerdem sind die nötigen Mittel seitens der Sozialversicherung vorzuhalten, dass eine psychische und insbesondere auch eine psychiatrische Versorgung für alle Menschen in unserem Land, die eine solche benötigen, gewährleistet werden kann. Das in dieser Regierungsperiode eingeführte und speziell Kinder und Jugendliche betreffende Projekt „Gesund aus der Krise“ kann in mancherlei Aspekten Modellcharakter für die Betreuung aller Bevölkerungsgruppen haben.

In präventiver Hinsicht gilt jetzt ebenso wie auch in der Vergangenheit, dass die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Sozialstaates eine zentrale Säule für psychische Gesundheit darstellen. Eine spezielle Herausforderung zeigt sich jedoch bei den Kindern und Jugendlichen. Seit Beginn der 2000er Jahre wird eine zunehmende Verschlechterung der psychischen Gesundheit konstatiert – eine Entwicklung, die durch die laufenden Krisen noch verstärkt wird. Dabei findet die zweifelhafte Rolle exzessiven Medienkonsums und mancher „sozialer“ Medien zunehmend Beachtung. Hierzu wünschen wir uns von Psychiatrie und Psychologie intensive wissenschaftliche Erforschung der Ursachen, wobei die Ergebnisse wiederum handlungsleitend für künftige politische Entscheidungen sein sollen. Die nötigen Ressourcen für derartige Forschungsvorhaben möchten wir von Seiten der Wissenschafts- und der Gesundheitspolitik bereitstellen.



SPÖ
Sozialdemokratische Partei Österreichs

Die SPÖ misst der psychischen Gesundheit den größtmöglichen Stellenwert bei. Psychische Gesundheit ist nicht nur unverzichtbarer Bestandteil eines gesamtheitlichen Gesundheitsbegriffs, sondern auch Voraussetzung für physische Gesundheit. Psychische Erkrankungen sind weit verbreitet. Sie beeinträchtigen Lebensqualität, Alltag und Arbeitsfähigkeit, belasten Betroffene und Angehörige und können zu Suizid führen.

Auch in Österreich sind psychische Erkrankungen eine bedeutende Herausforderung für das Gesundheitssystem. Insbesondere die Versorgung von Kindern und Jugendlichen liegt im Argen. Die österreichische Versorgungslandschaft für die Betreuung psychisch erkrankter Kinder und Jugendlicher war bereits vor der Pandemie unzureichend ausgestattet. Es besteht ein durchgängiger Mangel an kassenfinanzierter Psychotherapie für Kinder- und Jugendliche, der Ausbau niederschwelliger Angebote an Schulen ist im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern nie erfolgt. Es existiert kein flächendeckendes Konzept zur Prävention psychischer Erkrankungen. Diese drei Maßnahmen will die SPÖ daher als ersten Schritt umsetzen.



FPÖ
Freiheitliche Partei Österreichs

Zentraler Punkt ist hier die Schaffung und der Ausbau einer umfassend psychologischen und psychiatrischen Versorgung als Kassenleistung. Nur wenn hier eine entsprechende Basis im Sozialversicherungsrecht und in den Budgets des Bundes und der Länder (Finanzausgleich & Bundeszielsteuerung) geschaffen wird, wird eine entsprechende Gesundheitsversorgung für Menschen mit psychischen Erkrankungen möglich sein. Wir bekennen uns zur Herstellung eines solchen Zustands in unserer Gesundheitspolitik.



DIE GRÜNEN
Die Grünen – Die Grüne Alternative

Angefragt.



Angefragt.